

BRUNNEN

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

USA nach der Wahl
Seite 4 und 5

ÖTV-Tarifabschluss
Seite 3

Nicaragua
Seite 6

Nr. 73 — Dezember 1984/Januar 1985
80 Pfg. — Solidaritätspreis 1,20 DM

„Aufschwung“ und Rationalisierung

Mehr Arbeitsnetze

Kohl hat den „Aufschwung“ versprochen. Die „5 Weisen“ erwarten für 1985 sogar „reichlich

drei Prozent Wirtschaftswachstum“. Können die Arbeitslosen jetzt auf bessere Zeiten hoffen?

KAMPF UM JEDE ARBEITSPLATZ



Weniger Arbeit aber für alle!

Nein. Selbst die optimistischsten Sachverständigen rechnen weiterhin mit über zwei Millionen Arbeitslosen. 1983 — im Jahr der „Wende“ — haben alle großen Industriekonzerne ihren Umsatz gesteigert. Doch dies haben sie mit 160.000 Beschäftigten weniger geschafft. Allein in der Elek-

troindustrie sind 30.000 Arbeitsplätze verschwunden. Und das soll angeblich die Industrie der Zukunft sein.

Gewinne

Investitionen dienen nach wie vor hauptsächlich der Rationalisierung (also Arbeitsplatzabbau) und Ersatzbeschäftigung. Und das mit unseren Steuergeldern: täglich acht Millionen DM bekommen die Großkonzerne vom Bund. Das sind monatlich 240 Millionen DM. Allein damit können 100.000 Menschen von der

Chaos

Was für ein Chaos in dieser Marktwirtschaft. Die einen rackern sich 40 oder 50 Stunden in der Woche ab. Die anderen dürfen nicht arbeiten und gehen an der Null-Stunden-Woche kaputt. Wir wollen weniger Arbeit — aber für alle! Die vorhandene Arbeit muß auf alle aufgeteilt werden — ohne Lohnverlust. Die Schatzzentralen der wirtschaftlichen Macht — Großkonzerne, Banken und Versicherungen — müssen verstaatlicht und von der arbeitenden Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Dann können wir selber bestimmen, wie wir arbeiten und leben wollen.
Tim Kuhlmann, Remscheid
Jungsozialist

Spendenaffäre

Flick & Co enteigneni!

Während die CDU an allen Ecken die Sozialleistungen kürzt und z.B. die Rentner mit einer Rentenerhöhung von 0,2% für 1985 bescheidet, geht man mit den eigenen Leuten großzügig um. Damit „Barzel nicht zum Sozialfall“ wurde, besorgte man ihm bei seinem Abgang aus den höchsten Parlamentsämtern eine kleine Aufbesserung seiner mageren Bundestags-Diäten von 1,7 Millionen DM.

Die Freien Demokraten sind so frei und lassen sich vom früheren Kaufhaus-Konzernchef Horfen 6 Millionen DM zustecken. Spendenrmitler Walter Scheel im Fernsehen: „Wir trafen uns zufällig bei den Salzburger Festspielen, und da habe ich ihm einmal die finanziellen Sorgen meiner Partei geschildert... Und da hat er gesagt, da müsse man doch etwas tun; er wolle da helfen.“ Ob der Ex-Konzernchef zu seinen früheren Angestellten auch so freigiebig war? Aber die liefern ja auch nicht auf den Salz-

Spitze des Eisbergs

Nein, die Bonner Spendenaffären sind kein peinlicher Ausrütscher einer ansonsten sauberen Gesellschaft. Dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Was Flick recht ist, wird doch wohl anderen Konzernen billig sein. Wir dürfen nur einen kurzen Blick in den Sumpf der Verfilzung zwischen Wirtschaft und Staat werfen.

Wer die wirtschaftliche Macht hat, hat auch die politische. Der Staat ist keine neutrale Einrichtung, die über den Klassen steht. Er ist immer Instrument der wirtschaftlich Mächtigen. Das heißt nicht, daß er in jedem Fall jeden Wunsch jedes einzelnen Kapitalisten erfüllt (obwohl der Fall Flick zeigt, daß auch dies mög-

mehr

Arbeitslose

lich ist). Vielmehr hat er die Interessen der gesamten Kapitalistenklasse im Auge, mit der seine oberen Repräsentanten durch Herkunft, Bildung und Lebensstandard aufs Engste verbunden sind — von den Festspielen in Salzburg bis zum Rotary-Club in Bonn.

„Gesamtkapitalist“

Damit ist durchaus vereinbar, auf Druck der Arbeiterbewegung auch mal fortschrittliche Sozialgesetze zu verabschieden; dies kann sogar im Gesamtinteresse der Herrschenden liegen, um den sogenannten „inneren Frieden“ mit der Arbeiterschaft zu wahren. Doch es ändert nichts daran, daß der Staat keineswegs „wir alle“ sind, sondern eine Einrichtung zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

Fortsetzung Seite 3



VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie
 Überregionale marxistische Zeitung
 für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft
 Erscheint im zehnten Jahrgang
 Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln
 Telefon: 0221 / 13 45 04
 Bankverbindung: PostA Essen, Konto Nr. 2500 59-430
 Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öttinger
 Druck: Farb-Druck, Bischofsweg 48-50, 5000 Köln

Friedensbewegung - wie weiter ?

Die Aktionen der Friedensbewegung im Herbst haben gezeigt, daß nach wie vor Hunderttausende bereit sind, für dieses Thema auf die Straße zu gehen. Die Demonstrationen und Aktivitäten haben immer noch eine sehr große Anziehungskraft und zeigen Besorgnis und Mißtrauen gegenüber den Herrschenden, besonders unter der Jugend. Und sehr zu Recht. In diesen Jahrhunderten hat der Kapitalismus seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme bereits zweimal durch Weltkriege (vorübergehend) „gelöst“. Ein dritter Weltkrieg wäre der letzte.

Arbeiterbewegung

Moralische Appelle und Demonstrationen können die Herrschenden nicht beeindrucken. Die einzige Kraft, die ihre Stellung bedrohen kann, ist die organisierte Arbeiterbewegung. Nur sie kann durch Streiks und Generalstreiks erreichen, auch die Friedensbewegung kann im Endeffekt nur ihre Ziele erreichen, wenn sie ihren Kampf mit der Arbeiterbewegung verbindet. Und das heißt nicht einfach wie es in der Friedensbewegung und Sozialabbau verbinden, geht verstärkte Hochrüstung vor allem zu Lasten des sozialen Bereichs. Doch auch ohne Rüstungsprogramm würde dort gekürzt, denn die Herrschenden betreiben ohnehin eine staatliche Umverteilungspolitik zu ihren Gunsten. Hochrüstung ist nicht die letzte Ursache für Sozialabbau, sondern verschärft die Situation nur. Beide Probleme sind nur in den Griff zu kriegen, wenn den Unternehmern die Macht entzissen ist.

Für die Unternehmer ist die Aufrüstung unverzichtbar, um Einflüßbereiche und Märkte zu sichern, um gegen Unruhen im eigenen Machtbereich vorgehen zu können, und, nicht zuletzt, um riesige Profite in der Rüstungsindustrie einfahren zu können.

Aufrüstung

Die einzigen, die immer noch an einer 1-Punkt-Bewertung festhalten wollen, sind die Anhänger der DKP. Im Magazin der DGB-Jugend 'ran, äußerte sich Gunnar Mathiesen, das politisch Vordringliche sei, die Verhinderung eines Atomkrieges. Ein solcher Krieg würde die Lösung aller übrigen Probleme unmöglich machen. Das bedeutet u.a. auch ein Festhalten an der Frage der Raketenstationierung... Wichtig ist es überdies, innerhalb des konservativen Bereichs einen politischen Differenzierungsprozeß zu entfalten und voranzutreiben. Alle Inhalte sind hier zu sammengeschrumpft auf die Frage: „Kriegsverhinderung“, speziell „Atomkriegsverhinderung“. Was ist mit chemischen und bakteriologischen Waffen, was ist, bei dem heutigen Stand der Waffentechnologie, mit sogenannter konventioneller Rüstung? Ist das etwa weniger schrecklich? Bei der Dichte von Atomkraftwerken in Europa reicht übrigens auch schon ein herkömmliches „Bömbchen“, um nukleare Reaktionen freizusetzen.

Diese Partei nennt sich marxistisch und trennt die Frage eines Krieges von der Frage des Systems. Erst „Krieg verhindern“, dann den Rest. Das Problem hängt aber mit der Machtfrage in der Gesellschaft, mit dem Kapitalismus, ur-sächlich zusammen. Es kann erst mit der Entmachtung der Unternehmer erfolgreich in Angriff genommen werden, ebenso wie „alle übrigen Probleme“. Dies ist allerdings nicht mit Bündnispartnern aus dem „konservativen Bereich“ zu bewerkstelligen.

Nicht minder utopisch sind die Perspektiven der Jusos. Ihr Vorsitzender Ulf Skirke äußerte sich im selben Magazin: „Weiterhin sollten die Aktionen für ABC-Waffenfreie Zonen in Mitteleuropa verstärkt werden. Wir müssen öffentlich Druck machen, damit NATO und Bundeswehr defensiv Militärkonzepte entwickeln und ihre Rüstungshaushalte einfrieren.“ Dies ähnelt einem Jäger, der ein wildes Tier dadurch unschädlich machen will, daß er es bittet, im Zählne und Klauen ziehen zu dürfen. NATO und Bundeswehr sind ihrem Wesen nach Einrichtungen zur Wahrung imperialistischer Interessen. Selbst wenn es gelänge, defensive Strategien einzuführen, wäre die Funktion der Armeen: (Friedhofs-)Ruhe im eigenen Lager zu wahren, immer noch nicht aufgehoben. Nein, die herrschende Klasse muß völlig entwaffnet, nicht auf angeblich harmlosere Systeme umgerüstet werden.

Die Friedensbewegung muß sich daher nicht einfach nur „thematisch verbreitern“, sondern eine sozialistische Perspektive aufzeigen. Aller Glaube, man könne die NATO auf Verteidigungsstrategie umstellen, man könne unter Beibehaltung der jetzigen Gesellschaftsordnung ein atomwaffenfreies Europa schaffen, sind reine Utopie. Der Frieden wird und kann nur gesichert werden, wenn das Kapital nicht mehr das Sagen hat.

KAMPFIONDS

Neues von der „Spendenaffäre“

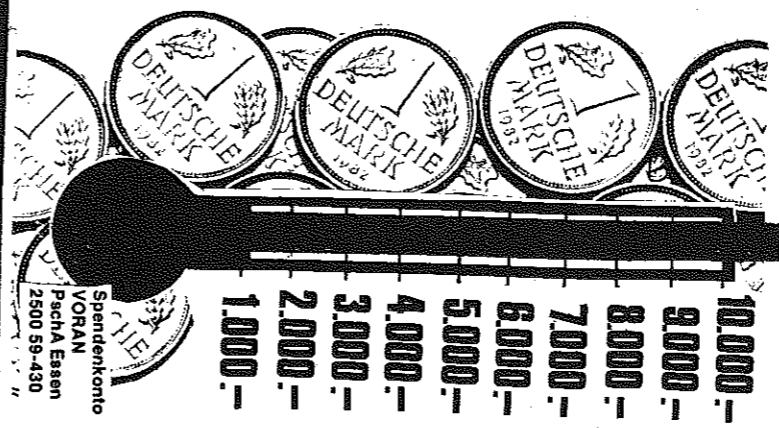
3.000,- DM eingegangen!

Kennt keiner von Euch einen netten, millionenschweren Spender, der einen mehrstelligigen Betrag diskret loswerden will, möglichst steuerlich absetzbar, versteht sich?

Schade. Aber vielleicht ist es gut so — das bringt so manches Problem mit sich, wie wir wissen. Wir sind wohl einer der wenigen Vereine, die erstens die Herkunft jeder Spende einwandfrei belegen können (das tun wir ja auch immer in dieser Spalte), und zweitens sich nicht wegen ihrer Spender zu schämen brauchen: Im Gegenteil, wir sind stolz auf sie. Denn wir wissen: auch wenn ihr keine 4- oder 7-stelligen Beträge lockermachen könnt, bedeutet Eure Spende ein echtes Opfer. Von Eurem sauer verdienten Lohn, gekappten BarFog-Leistungen oder mageren Taschengeld habt ihr seit der letzten Ausgabe DM 2.950,89 gesammelt. Das heißt, damit haben wir unser Ziel von DM 10.000 DM bis 1.10.84 nummehr mit einiger Verspätung erreicht und zusätzlich ein „Startkapital“ von 902,81 DM für unser neues Ziel von 8.000 DM bis Jahresende angelegt. Vielen herzlichen Dank an alle, die zu diesem hervorragenden Ergebnis beigetragen haben!

Wir hoffen, daß die nachstehend namentlich genannten Spender keinen Ärger mit dem Staatsanwalt kriegen:

l.Becker, Remscheid: DM 50,- M.Baumann-Moog, arbeitslos, Frankfurt:



- 10.000,-
- 9.000,-
- 8.000,-
- 7.000,-
- 6.000,-
- 5.000,-
- 4.000,-
- 3.000,-
- 2.000,-
- 1.000,-

Spendenkonto
 VORAN
 PostA Essen
 2500 59-430

LESERBRIEFE

Aachener Initiative

Liebe Genossen!

Die Aachener Initiative „Solidarität mit den britischen Bergarbeitern“, die aktive Jungsozialisten ins Leben gerufen haben, hat schon einige Erfolge verbuchen können. So sammeln wir innerhalb von zwei Stunden in der Aachener Fußgängerzone 180 DM. Doch nicht nur die Summe von über 1500 DM, die an Spenden bisher gesammelt wurden, machen den Erfolg aus. Vor allem die Erfahrung, daß gerade junge Arbeiter sich für den britischen Klassenkampf interessieren, außerdem noch selbst auf der Suche nach antikapitalistischen Perspektiven sind, zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

ebenso unser Kampf, und jeder Sieg bei uns ist auch ein Sieg für die Arbeiter anderer Länder.
 Bruno Hof, Aachen

20 Jahre MILITANT

Liebe VORAN-Leser,

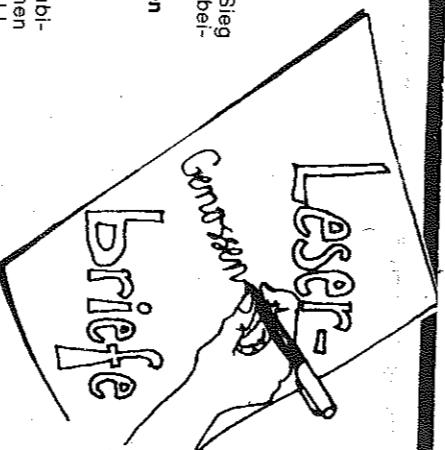
In London war ich bei der Jubiläumsvoranstaltung der britischen marxistischen Wochenzeitung MILITANT anlässlich ihres 20jährigen Bestehens. 3.000 Gewerkschafter, Jugendliche, Frauen und vor allem Bergarbeiter nahmen an der Veranstaltung in der Wembley Hall teil. Besonders die Bergarbeiter prägten die kämpferische Stimmung. Auch internationale Gäste aus Belgien, Zypern, Dänemark, USA und natürlich der BRD nahmen lange Anreisen in Kauf, um dabei zu sein.

Die Veranstaltung begann mit einer Ansprache des linken Labour-Abgeordneten Tony Benn. Im folgenden Redebeiträge der Redaktionsmitglieder von MILITANT, die über Werdegang, politisches Programm und Perspektiven von MILITANT sprachen. In der anschließenden Diskussion berichtete u.a. ein Genosse

Liebe Genossinnen und Genossen!

Auf der letzten Betriebsversammlung der Kihlerfabrik Längerer und Reich äußerte sich der Geschäftsführer gegenüber den ausländischen Kollegen in Ubler Weise. „Die ausländischen Mitarbeiter wurden nicht gerufen! Vielmehr sind sie gekommen und haben um Arbeit gebettelt, weil sie sonst zu Hause verhungert wären.“ Der Esslinger Zeitung konnte man auch entnehmen, daß dieser Anspruch keine einmalige Entgegnung war. Schon zweimal zuvor soll diese Äußerung vor Betriebsräten gefallen sein.

Geprägt durch die Streikerfahrung vor einigen Monaten zur 35-Stunden-Woche ließen sich die Kollegen solche eine freche Behauptung nicht gefallen. Sie hatten gelernt, daß Solidarität das beste Mittel ist, gegen die Bosse anzutreten. Und so solidar-



aus Irland über Erprobung neuer brutaler Kampfmethoden der britischen Polizei. Er unterstützte die Zeitung. „Weil MILITANT die Arbeiterklasse unterstützt“. Eine Sammlung brachte knapp 50.000,- DM für den Spendenfonds der Zeitung ein. Ein Bergarbeiter-Chor, Video- und Diavorführungen, Ausstellungen, ein Film über die russische Revolution und viele Informationen das Programm kaufstünde rundeten das Programm ab.

Bis Ende 1985 will MILITANT Tagungsgesetzung sein. Ich hoffe und wünsche, daß VORAN vor Ablauf der nächsten 20 Jahre marxistische Tagungsgesetzung wird.

A. Grundmann, Hamburg

ausländischer Kollegen

isch, wie sie sich auch während des 7-wöchigen Streiks im Frühjahr gezeigt hatten, legten sie am nächsten Tag spontan für eine Stunde die Arbeit nieder. Sie forderten vom Firmeninhaber, diese Behauptung zurückzunehmen.

Die Firma fühle sich offenbar unter Druck gesetzt, weil sie befürchte, daß diese Aktion sich ausweiten könnte. Sie nahm die Äußerung in Form eines schriftlichen Entschuldigungsschreibens umgehend zurück! Es ist vorstellbar, daß in anderen Firmen ähnliche Äußerungen fallen, mit denen versucht wird, deutsche gegen ausländische Arbeiter aufzuwegen. Fazit: durch solidarisches Handeln kann dem Einhalt geboten werden.

Monika Stark, Stuttgart
 Jungsozialistin



Marxisten in der SPD werden in der internationalen Solidarität nicht auf den Bezug zur Entwicklung des deutschen Kapitalismus verzichten. Die Kahlischlagpolitik, die Frau Thatcher den britischen Arbeitern aufzwingen will, zeigt uns, wie Krisenpolitik auch in der Bundesrepublik aussieht. Wird, wenn nicht starke Arbeiterorganisationen dagegen ankämpfen. Der Kampf der britischen Arbeiter ist



Monika Wulf-Mathies

Sozialfall ist nicht gleich Sozialfall. In einem Fall erhält ein CDU-Bundestagsabgeordneter mit 7.500,- DM Diäten und 4.500,- DM steuerfreier Aufwandsentschädigung vom Flick-Konzern eine monatliche Gehaltsaufbesserung von 23.600,- DM, „damit er nicht zum Sozialfall wird“.

Im anderen Fall erhält ein verheirateter Beamter im einfachen Dienst eine Besoldung, die unter dem amtlichen Sozialhilfesatz liegt. In beiden Fällen spielt Flick-Manager von Brauchitsch eine Hauptrolle. Im ersten Fall ist er Spendenvermittler. Im zweiten Fall ist er als Vizepräsident des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn Lohn-drücker im öffentlichen Dienst.

Mit dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wird den Arbeitern, Angestellten und Beamten ein weiterer Reallohnabbau zugemutet. Von März bis August 1984 erhielten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst 0,5% höhere Löhne und Gehälter; von September bis Dezember eine Pauschale von 240,- DM. Und das bei einer Preissteigerungsrate von 3% 1984. Ab Januar 1985 gibt es dann eine Erhöhung von 3,2%. Wiederrum wurde die Laufzeit des Tarifvertrages verlängert. Diesmal auf 16 Monate, bis Dezember 1985.

- Die Neuregelung der Arbeitszeit sieht so aus:
- zwei zusätzliche freie Tage für Arbeiter und Angestellte über 58 Jahre ab 1985 und ab 1986 für alle über 50 Jahre.
- Ab 1987 zwei zusätzliche freie Tage für alle.
- Einen Tag mehr Urlaub für alle Arbeiter und Beschäftigten bestimmter Gehaltsgruppen zwischen 30 und 40 Jahren.

Bedenkt man die Härte, mit der die CDU-Regierung mit ihrer Nullrunde einen radikalen Reallohnabbau im öffentlichen Dienst durchsetzen wollte und zu keinerlei Zugeständnissen bei der Arbeitszeitverkürzung bereit war, so ist dieser Tarifabschluss zunächst mal eine ganz klare Niederlage für den Staat.

Regierung gab nach

Daß allein auf dem Verhandlungsweg, ohne Mobilisierung der Mitglieder, so viel erreicht werden konnte, ist ein großer Erfolg. Mehr war durch bloßes Verhandeln nicht drin. Doch Verhandeln kann nicht alles sein, was die Gewerkschaft in Tarifkonflikten zu bieten hat. ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies machte vor ihrer Tarifkommission klar, daß es nur eine einzige Alternative zur Annahme des Ergebnisses gebe: Streik. Der ÖTV-Vorstand war aber nicht bereit, einen Streik zu organisieren. Gerade dieser mangelnde Wille zum Arbeitskampf, d.h. zur vollen Durchsetzung der Forderung, wird die Kritik der aktiven Gewerkschaftsbasis auf sich ziehen.

Obwohl die Delegierten sich auf dem letzten Gewerkschaftskongreß einig waren, daß ohne Arbeitskämpfe in Zukunft keine Erfolge mehr zu erzielen seien, und viele Delegierte zur aktiven Vorbereitung eines Arbeitskampfes aufriefen, wurden keinerlei Streikvorbereitungen getroffen. Die Gewerkschaftsmitglieder wurden wieder einmal zu Beobachtern ihrer Tarifrunde verdammt.

Dabei war das Kräfteverhältnis für die Gewerkschaften extrem günstig. Der Hauptgegner, die Bundesregierung, ist derzeit durch eine anhaltende Serie von

Tarifrunde im öffentlichen Dienst

Nullrunde vom Tisch Kompromiß ohne Kampf



ÖTV-Abschluß: Die Schwäche der Regierung wurde nicht genutzt

stark zurückgegangen. Gerade die Parteispenden-Affäre hätte von den Gewerkschaften genutzt werden müssen, um in der Mitgliedschaft und in der Öffentlichkeit die ganzen Appelle an die Opferbereitschaft der Normalverdiener zu entlarven. Die Regierung war sich ihrer Schwäche voll bewußt. Wie sonst ist es zu erklären, daß Innenminister Zimmermann so schnell zu Zugeständnissen bereit war? Diese Schwäche wurde von den Gewerkschaften nicht genutzt.

Bis 1990 werden nach Angaben der ÖTV im öffentlichen Dienst 360.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Der Privatisierung und dem Abbau von staatlichen Leistungen werden in den nächsten Jahren weitere tausende von Arbeitsplätzen zum Opfer fallen.

Kein Arbeitsplatz-Effekt

Nur ein offensiver Kampf der Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kann dies verhindern. Obwohl dies von den Gewerkschaftsführern im öffentlichen Dienst immer wieder betont wurde, war diese Tarifrunde alles andere als eine Offensive in diese Richtung. Auf dem letzten Kongreß der Postgewerkschaft betonte DPG-Vorsitzender von Haaren ausdrücklich, daß es zur 35-Stunden-Woche keine alternative gebe und daß die Postgewerkschaft sie notfalls alleine durchsetzen werde.

Vom Ziel der 35-Stunden-Woche war aber in der Tarifrunde von Anfang an keine Rede. Schon bei der Forderung nach 10 zusätzlichen Tagen ging es nur noch um den „Einstieg in die 35-Stunden-Woche“. Anstatt aus den Fehlern der IG Metall bei der Vorbereitung und Durchführung

der IGM abgeschlossenen Kompromiß. Die 10 zusätzlichen freien Tage entsprachen der 38,5-Stunden-Woche, wobei allerdings die unterschiedliche Zahl der Urlaubstage nicht berücksichtigt wurde. Im Metallbereich gibt es nämlich bereits den 30-Tage-Urlaub für alle.

Mit der ursprünglichen Forderung nach 35-Stunden-Woche bzw. dem „Einstieg“ hat das Ergebnis nichts zu tun. Erreicht wurden nicht mehr und nicht weniger als zwei weitere bezahlte Urlaubstage, ohne Anrechnung von Urlaubsgeld. Damit ist noch nicht einmal der 30-Tage-Urlaub für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchgesetzt.

Mit 10 zusätzlichen freien Tagen hätten nach Angaben der ÖTV 100.000 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Selbst dies wäre nur ein Tropfen auf dem heißen Stein gewesen. Mit dem jetzigen Abschluß wurde das Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, völlig verfehlt.

Den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind bis Ende 1987 für einen weiteren Kampf um die Arbeitszeitverkürzung die Hände gebunden. Durch die längere Laufzeit wird zudem der öffentliche Dienst von der Tarifrunde der IG Metall zeitlich abgekoppelt — wie schon im letzten Jahr.

Ein einheitliches Vorgehen von Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften — als beste Voraussetzung für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche — wurde damit ein zweites Mal von vorne herein ausgeschlossen.

Volle Kampfkraft mobilisieren

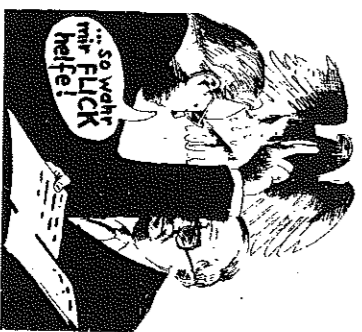
Der öffentliche Dienst mit seinen über 4 Millionen Beschäftigten ist heute ein Bereich, in dem durch einen Streik ein enormer ökonomischer Druck ausgeübt werden kann. Allein die Post ist mit ihren 460.000 Beschäftigten heute der größte Betrieb Europas. Ein Vollstreik bei Post oder Bahn kann in kurzer Zeit die ganze Wirtschaft lahmlegen. Die Erfahrung mit der Krise hat gerade im öffentlichen Dienst viele wachergerüttelt. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist gestiegen, obwohl die Arbeitsplätze abnahmen. Der Organisationsgrad der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes liegt mit ca. 50% weit höher als der Durchschnitt.

Die Regierung war sich darüber im klaren, daß der Staat im Falle eines Streiks noch mehr verloren hätte. Für die Gewerkschaften hätte ein Streik nicht nur die Chance zur vollen Durch-

setzung der Forderung eröffnet, sondern hätte auch dazu geführt, daß sich auf Grund der eigenen Erfahrung das Bewußtsein sprunghaft entwickelt hätte. Klassenbewußtsein und Solidarität entwickeln sich am besten im Kampf selbst. Für die Mitglieder ist es wichtig zu erfahren, daß Arbeiter etwas erreichen können, wenn sie gemeinsam kämpfen. Diese wichtige Erfahrung kann nicht gemacht werden, wenn über ihre Interessen nur an grünen Tischen hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Wie soll das Selbstbewußtsein der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die zukünftigen harten Auseinandersetzungen anders gestärkt werden als durch konkrete Arbeitskämpfe?

Der Klassenkampf von oben hat längst begonnen. Die Gewerkschaften hinken hinter der Entwicklung her. Wenn es nicht gelingt, sie wieder zu echten Kampforganisationen zu machen, wird die Arbeiterklasse der große Verlierer zukünftiger Klassenkämpfe sein. Die letzte kritische Teil der Gewerkschaftsmitglieder wird jetzt entschlossener für eine Umorientierung und für den Aufbau einer neuen Gewerkschaftsführung auf allen Ebenen kämpfen.

**Ursel Beck, Stuttgart
Juso-AG Mitte**



Dies ist auch nicht davon abhängig, welche Regierung gerade am Ruder ist. Der Fall Flick spielte sich unter der sozialliberalen Koalition ab. Solange auch eine SPD-Allianzregierung nicht konsequent, d.h. durch Mobilisierung der Arbeitnehmer für ein sozialistisches Programm, die wirtschaftliche Macht der Unterneh-

Fortsetzung von Seite 1

Flick & Co.

ren, Auch die SPD bzw. die ihr gehörende Friedrich-Ebert-Stiftung hat Geld von Flick kassiert — und nicht nur von ihm! Offenbar wurde sogar gezielt versucht, den rechten gegen den linken Parteiflügel finanziell zu unterstützen. Viele SPD-Mitglieder werden darüber empört sein, besonders wenn man bedenkt, mit welchen Opfer die Pioniere der Arbeiterbewegung unsere Partei aufgebaut haben

Offenlegung

— ohne und gegen die Bosse! Wir sollten uns wieder auf diese Tradition besinnen, statt für Millionen von DM für nichtssagende Hochglanz-

sternung wird allerdings auch von der Begeistertungsfähigkeit der SPD-Politik abhängen.) Wir sollten daher in der SPD eintreten für

- Offenlegung aller Einnahmen der Partei, und detaillierte Rechenschaft über die Herkunft
- Keine Annahme von Spenden aus der Industrie mehr
- Kein Parteifunktionäre sollte mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn; was darüber hinaus geht, wird an die Parteikasse abgeführt.

Die SPD muß wieder zu der ebenso eindringlichen Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung werden, wie CDU/CSU/FDP die einleuchtend abgeführt.



Nach Reagans Wiederwahl

Amerikanische Arbeiter brauchen eigene Partei

In den letzten Wochen standen zwei Wahlen im Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit: in Nicaragua und in den USA. Kann man nach Reagans Wiederwahl von einem Rechtsruck sprechen? Wie wird die weitere Entwicklung in den USA, der Hauptbasis des Weltkapitalismus aussehen?

So unterschiedlich die Wahlergebnisse auch erscheinen, so bringen sie doch beide die sich verschärfende Krise des internationalen Kapitalismus und die wachsende Bereitschaft der Arbeiterklasse zur Gegenwehr zum Ausdruck.

Der große Wahlsieg der Sandinisten zeigt die Unterstützung der Arbeiter und Bauern für die Reformen, die nach dem Sturz der Somoza-Diktatur erkämpft wurden.

Auch wenn Reagan wiedergewählt wurde, kann bei weitem keine Rede von einem Rechtsruck der amerikanischen Arbeiter sein oder etwa davon, daß die Mehrheit der Amerikaner hinter Reagan stehen würde. Durch ein ausgeklügeltes indirektes Wahlsystem über sogenannte Wahlmänner konnte Reagan in 49 der 50 Bundesstaaten gewinnen. Bei seiner ersten Wahl 1980 wurde er nur von 27% der Gesamtbevölkerung gewählt, denn die Wahlbeteiligung lag lediglich bei 53%. Auch wenn jetzt die Beteiligung etwas höher war, so kann doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß höchstens ein Drittel der Bevölkerung für Reagan gestimmt hat.

Zwei Übel

Doch viel entscheidender ist noch, daß es im Grunde genommen gar keinen richtigen Konkurrenten für Reagan gab. In den USA existieren nur zwei große Parteien, zum einen die erzkonservativen Republikaner und zum anderen die etwas liberaleren Demokraten. Beides sind prokapitalistische Unternehmerparteien, vergleichbar mit CDU und FDP bei uns. Ihr Programm unterscheidet sich nur in Einzelheiten voneinander. Im amerikanischen Parlament, dem Kongreß, wird ohnehin mit wechselnden Mehrheiten quer durch beide Fraktionen regiert. Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Walter Mondale, erschien völlig farblos und konnte keinerlei überzeugende Politik anbieten, erst recht keine Alternative zu Reagan. Beide traten für eine Abwälzung der Kosten der kapitalistischen Krise auf den Rücken der Arbeiterklasse ein, der eine ein bißchen mehr, der andere ein bißchen weniger. Die Minderheit der Bevölkerung, die überhaupt noch einen Sinn darin sieht, wählen zu gehen, zog dann auch das Original dem Abzählerbild vor. Und so ist es leicht zu erkennen, was Reagans „triumphaler Sieg“ — so stellen es die kapitalistischen Medien ja der — wirklich ist: ein Koloss auf lötlernen Füßen.

Unglücklicherweise gibt es in den Vereinigten Staaten keine politische Partei der Arbeiterbewegung. Bei uns in Deutschland wurde die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften als eine revolutionäre Partei der Arbeiter-

klasse aufgebaut. Ebenso beschloss die Gewerkschaften in Großbritannien Anfang dieses Jahrhunderts, zu den Unterhauswahlen eigene Kandidaten aufzustellen und eine Arbeiterpartei (Labour Party) zu gründen. Davor hatten die Gewerkschaften immer die Liberalen unterstützt. In den USA schaffte es die reformistische Führung des mächtigen Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO in den letzten Jahren immer noch, allerdings nur gegen den wachsenden Druck der Gewerkschaftsaktivisten, bei den Wahlen zur Stimmabgabe für die Demokraten aufzurufen. Doch eben in der Wahl der liberal-kapitalistischen Demokraten sehen immer weniger Arbeiter, Frauen, Jugendliche und unterdrückte Minderheiten (Schwarze und spanischstämmige Latinos) eine Chance zur Lösung ihrer Probleme.

Arbeiterpartei

Die Forderung nach eigenen Gewerkschaftskandidaten und nach einer Labour Party gewinnt an Unterstützung. Es ist vollkommen sicher, daß Arbeiterkandidaten, unabhängig von den beiden Unternehmerparteien, einen großen Teil der letzten Nichtwähler mobilisieren und darüberhinaus vor allem den Demokraten große Stimmenanteile abnehmen könnten. Eine Labour Party könnte auf Antrieb der stärksten Partei der USA werden. Eine Arbeiterregierung könnte, gestützt auf die Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung, im reichsten Land der Welt zum Sozialismus übergehen. Mit dem Sieg der sozialistischen Demokratie in der jetzigen Hauptbasis des Weltkapitalismus würden international die Todesglocken für den Kapitalismus läuten. Auf der Grundlage der großartig entwickelten Produktivkräfte in den USA kann der Sozialismus eine riesige Anziehungskraft für die internationale Arbeiterbewegung gewinnen. Daran anschließend würde der Sturz des Kapitalismus in den westlichen Ländern und der Sturz der stalinistischen Bürokraten im Osten eine Weltrevolution sozialistischer Staaten ermöglichen.

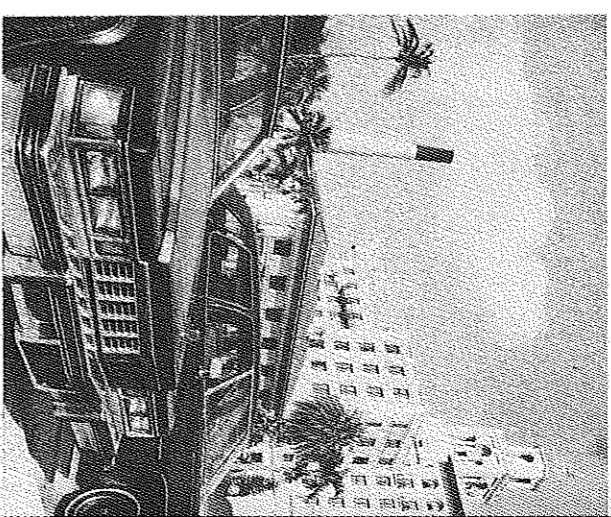
Kapitalistische Krise

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat in den USA ein Wirtschaftsboom und eine gigantische Entfesselung der Produktivkräfte stattgefunden, wie sie die Menschheit zuvor noch nie gesehen hat. Auf dieser Grundlage

konnte die Arbeiterklasse weitreichende Reformen und vor allem einen hohen Lebensstandard selbst auf kapitalistischer Grundlage erreichen. Doch in zunehmenden Maße wird die Krisenartfälligkeit des Kapitalismus immer deutlicher. Die Blütezeit des „amerikanischen Jahrzehnts“ ist unwiderfürlich vorüber. Nach und nach sollen die Arbeitern alle erkämpften sozialen Errungenschaften wieder abgenommen werden. Die Profite

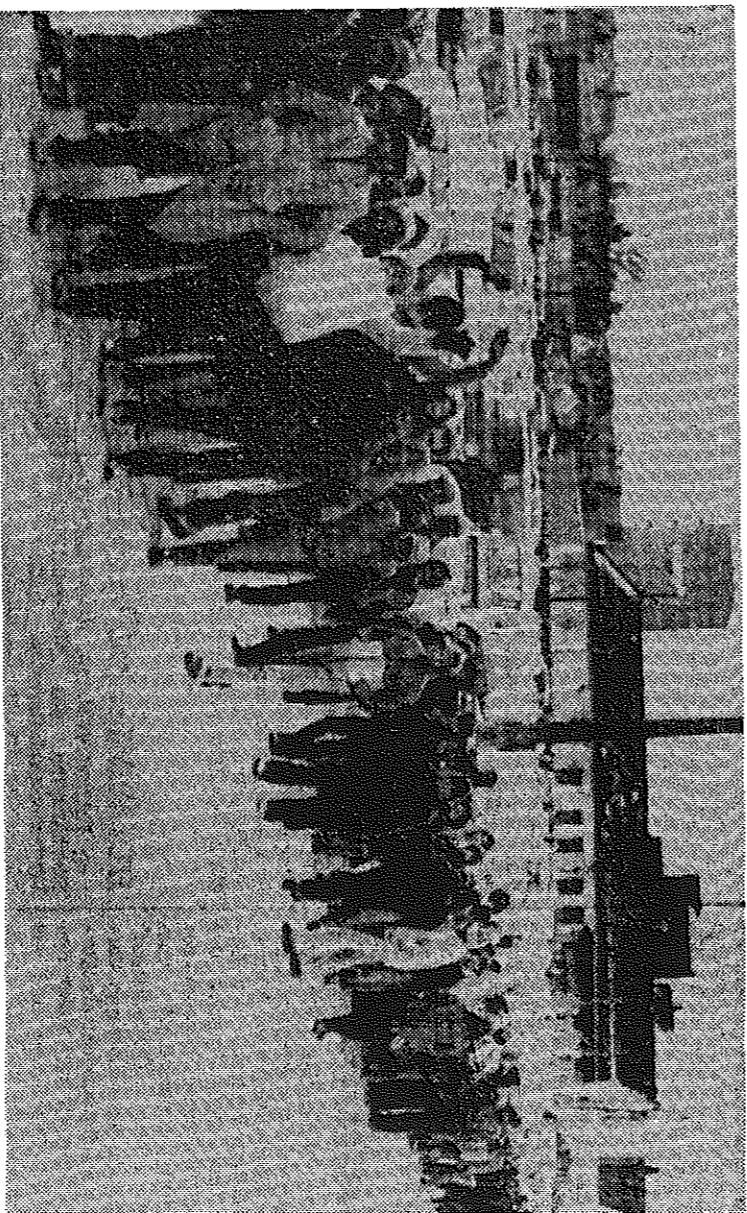
eigene Partei

Während Reagan sich in der Öffentlichkeit als Moralist präsentiert — seine wirkliche Meinung äußert er neuerdings ohnehin nur noch in Sprechproben — spart er völlig bedenkenlos bei Sozialleistungen, im Gesundheitswesen, im Wohnungsbau, bei der Nahrungsmittelversorgung und anderen Dienstleistungen für die Armen. Den großen Steuerzahlern und Monopolen wurden Steuergeschenke gemacht und die Militärausgaben explodieren.



Fuhrpark von Arbeitslosen: sie erhalten jedoch in Fer

Noch vor zwei Jahren stimmten Gewerkschaftsfunktionäre sogenannten Lohnrückgabeverträgen zu, das bedeutete: Senkung der Reallohne, Kürzung der Urlaubszettel und Verschlechterung der allgemeinen Arbeitsbedingungen. Dadurch sollten die Arbeitsplätze sicherer gemacht werden. Doch jetzt sehen die Arbeiter, daß ein — wenn auch ein kleiner, mit großen sozialen Härten erkaufter — Aufschwung stattfindet. Sie wollen jetzt zu-



Vor kaum zwei Jahren: Tausende von Arbeitslosen stehen Schlange für 200 Jobs

len auf Kosten der Arbeiter saniert werden. Das war das Programm Ronald Reagans, als er 1980 zum ersten Mal zur Wahl antrat. Der Staatshaushalt sollte ausgeglichen, die Steuern gesenkt und dem Dollar neue Stabilität verliehen werden. Nur: Reagan nahm sein eigenes Programm nicht einmal ernst. Denn: der künstliche Aufschwung, den die Reagan-Administration durch Rekordausgaben für Aufrüstung und durch drastische Steuerensenkungen für die Monopole und die Reichen hervorrief, führte zu einem Rekordhaushalts- und Handelsdefizit. Allein für 1985 ist die Verschleuderung von 305 Milliarden Dollar für Waffen geplant. Es findet gleichzeitig eine riesige Zerstörung von Produktivkräften statt, um die sogenannte Überkapazitäten in der Produktion einzudämmen.

Dafür ist dann auch der Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung in den letzten zehn Jahren entsprechend gesunken. Der durchschnittliche Stundenlohn des amerikanischen Arbeiters ist zwischen 1973 und 1982 um real 11% gefallen. Im reichsten Land der Welt leben mindestens 10% der Bevölkerung unter dem Existenzminimum. In allen großen Städten wachsen Slumviertel. Ende 1982 mussten in De-

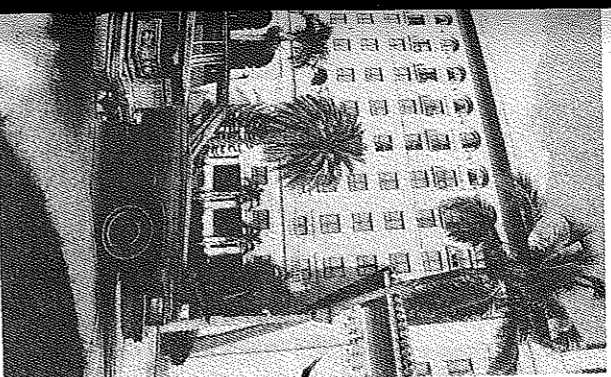
Armut

troit, einem Zentrum der amerikanischen Automobilindustrie, öffentliche Suppenküchen eingerichtet werden, um die Arbeiter und ihre Familien vor dem Hungertod zu bewahren. Es gab 40% Arbeitslosigkeit in der Stadt.

rückholen, was sie in den vergangenen Jahren eingebüßt haben. Das Jahr 1984 ist gekennzeichnet von einem Anwachsen der gewerkschaftlichen Kämpfe, z.B. der Streik der Arbeiter bei der Greyhound-Bussen. In den nächsten Jahren werden die Arbeiter durch Angriffe der Unternehmer zur verstärkten Gegenwehr gezwungen werden. 1988 könnte es angesichts der heraufziehenden großen internationalen Automobilkrise zu schwereren Auseinandersetzungen in dieser Branche, die bislang von der Krise noch vergleichsweise verschont blieb, kommen.

Noch heute ist der US-Imperialismus der Weltpolizist mit der Funktion, die Herrschaft des Kapitalismus international zu sichern und revolutionäre Massenbewegungen zu zerschlagen. Diese Rolle möchte Reagan ge-

weiter



Unterstützung in Dividenden

ne beibehalten, deswegen wurde unter anderem aufgerüstet. In Mittelamerika, im Nahen Osten, in Asien und in Afrika soll weiter eine Politik der Stärke verfolgt werden. Doch selbst der Riese USA hat nicht die Kraft, den Kapitalismus in der ganzen westlichen Welt zu unterstützen. Das außenpolitische Hauptanliegen ist momentan Mittelamerika. Mit der Invasion in Grenada sollte ein Exempel statuiert werden, um die Revolution in ganz Mittelamerika zu stoppen. Es ist möglich, daß Reagan sich in das Abenteuer eines Einmarsches nach Nicaragua stürzt ohne sich jedoch auf einen sicheren Erfolg, wie etwa bei dem winzigen Grenada, verlassen zu können.

Perspektiven

In jedem Fall bleibt jedoch die amerikanische Arbeiterklasse der entscheidende Faktor in der weiteren Entwicklung. Enorme Frustration, Empörung und Wut haben sich in den letzten Jahren in der Arbeiterklasse angestaut. In den kommenden Jahren werden die amerikanischen Arbeiter — von den Kapitalisten zu Kämpfen gezwungen — ihre großartigen revolutionären Traditionen wiederentdecken. Vor 50 Jahren legte eine gigantische, plötzliche Streikwelle über die USA hinweg. Ebenso ist auch heute eine rasche Radikalisierung möglich.

In diesem Prozeß werden die Arbeiter ihre eigene Partei aufbauen, müssen, um auf politischer Ebene unabhängig kämpfen zu können. Natürlich hat der Mißerfolg reformistischer Regelungen (mit sozialistischen und kommunistischen Arbeiterpartei) in anderen westlichen Ländern, bei den amerikanischen Arbeitern zu Zweifeln an sozialistischen Ideen geführt. Hinzu kommt noch die abschreckende Fratze der stalinistischen Diktaturen in der Sowjetunion, Osteuropa, China und den anderen Ländern, in denen sich eine bürokratische Planwirtschaft durchgesetzt hat. Doch gerade in den Jahren des Nachkriegsaufschwungs haben die amerikanischen Arbeiter viel erlebt, was sie auch heute noch verteidigen wollen. Ein klarer sozialistisches Programm und klare Perspektiven für den Übergang zum Sozialismus wird die Unterstützung der Arbeiter finden. Eine Massen-Labour-Party wird, gestützt auf ein solches Programm, den Sieg erobern.

Leo Schiffler, Aachen
Jungsozialist

Ronald Reagan hatte mehr Glück als Verstand: der Termin für die Präsidentschaftswahl fiel exakt mit dem Höhepunkt eines kurzweiligen, aber heftigen Wirtschaftsaufschwungs in den USA zusammen.

Seit Anfang des Jahres war das Bruttosozialprodukt (BSP) stürmisch gewachsen: 1983 immerhin schon um 3,7 %; für 1984 wird sogar eine Wachstumsrate um 7 % erwartet. Allerdings scheint der Höhepunkt dieses Booms bereits überschritten zu sein: die auf Vierteljahreszeiträume bezogenen Zuwachsraten flachen deutlich ab und streben gegen Null.

Anstieg des Bruttosozialprodukts (BSP) gegenüber dem jeweils entsprechenden Vorjahreszeitraum:

1. Quartal 1984:	10,1 %
2. Quartal 1984:	7,1 %
3. Quartal 1984:	2,7 %

Für 1985 wird der Beginn einer erneuten, möglicherweise sehr tiefen Rezession (Rückgang des BSP) erwartet.

Aufschwung

Aber das ist z.Zt. noch Zukunftsmusik: am Wahltag standen viele US-Bürger unter dem beruhigenden Eindruck eines fast zweijährigen Aufschwungs. Verblüht waren die Erinnerungen an die Rezession der beiden ersten Amtsjahre Reagans (1981 und 1982): im schlimmsten Jahr der Krise (1982) war die US-Wirtschaft um 2,1 % geschrumpft, die Arbeitslosenquote auf 10,6 % angestiegen.

Diese Probleme schienen jetzt, oberflächlich betrachtet, überwunden. Reagan brauchte im Wahlkampf immer nur auf die wichtigsten Wirtschaftszahlen zu verweisen:

- auf die hohen Wachstumsraten in 1983 und 1984
- auf die gesunkene Arbeitslosenquote: sie betrug im Oktober „nur noch“ 7,3 % (im Gefolge des Aufschwungs entstanden in den USA ca. 6 Mio. neue Arbeitsplätze)
- auf die stark reduzierte Inflationsrate, die von 13,5 % auf etwa 4 % (1984) gedrückt werden konnte



Reagans Wirtschaftspolitik

Kurze Schneibühne

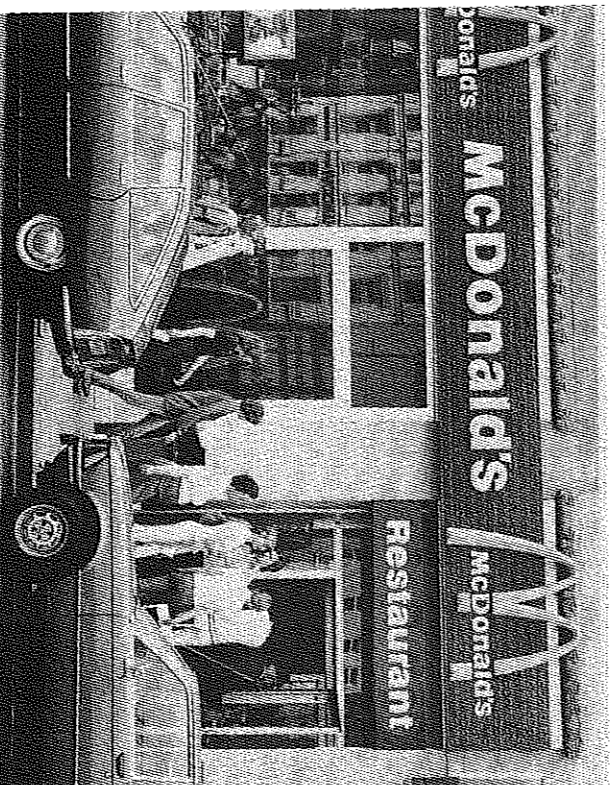
der US-Wirtschaft

Trotz dieser Steuersenkungen versprach Reagan einen baldigen Ausgleich des zu Beginn seiner Amtszeit noch relativ geringen Defizits im Staatshaushalt und damit gleichzeitig einen Abbau der Staatsverschuldung. Er behauptete, die Steuererleichterungen würden die „Leistungsberieschaft“ der Kapitalisten anstacheln, einen Konjunkturaufschwung herbeiführen und damit wiederum vermehrte Steuereinnahmen nach sich ziehen.

Ein parallel verfolgtes Ziel Reagans war die konsequente Verminderung staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf. Die Privatwirtschaft sollte von Bevormundung und Kontrolle seitens des Staates befreit werden; die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ wurden beschworen.

Zinsen

Der Aufschwung kam zwar tatsächlich, das Haushaltsdefizit jedoch blieb nicht nur, es schob sogar in zuvor nie dagewesene



Neue Arbeitsplätze nicht in der Industrie, sondern z.B. in Imbiß-Ketten

- auf die spürbaren realen Einkommenserhöhungen für die Mehrheit der Amerikaner
- auf die wiedergewonnene Stärke der US-Währung: der Dollar-Kurs kletterte z.B. gegenüber der DM von DM 1,82 (1980) auf ca. DM 3,15 (Sept./Okt. 1984).

Verschuldung

Kernpunkt der Reagan'schen Wirtschaftspolitik war von Anfang an eine drastische Umverteilung zugunsten der Großkonzerne und Reichen — auf dem Rücken der Armen, Arbeitslosen, Kleinrentner und Randgruppen. Die Sozialausgaben wurden zusammengeschrumpft; auf der anderen Seite wurde der Umverteilungssatz für Großrentner und Unternehmer in drei Schritten um insgesamt 25 Prozentpunkte gesenkt.

Der Aufschwung kam zwar tatsächlich, das Haushaltsdefizit jedoch blieb nicht nur, es schob sogar in zuvor nie dagewesene

Steuereinnahmen nach sich ziehen. Ein parallel verfolgtes Ziel Reagans war die konsequente Verminderung staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf. Die Privatwirtschaft sollte von Bevormundung und Kontrolle seitens des Staates befreit werden; die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ wurden beschworen.

Rüstungsausgaben

So paradox es anmuten mag — trotz völlig entgegen gesetzter Ziele hat Reagan mit den Mitteln der staatlichen Ausgabenpolitik („deficit spending“) einen künstlichen, kurzlebigen Wirtschaftsaufschwung herbeigeführt: Rüstungsausgaben vor allem für Rüstung sowie drastische Steuererleichterungen für die Reichen und die Konzerne; entsprechend ein riesiges Loch im Staatshaushalt und eine Rekordverschuldung der öffentlichen Hand.

Um die gewaltigen Defizite zu finanzieren, war andererseits ein hohes Zinsniveau notwendig, das genügend Kapital aus dem Ausland in die USA lockte. Die hohen Zinsen in den USA zogen wiederum hohe Zinsen in den anderen westlichen Staaten nach sich. Andernfalls wären diese Länder von Kapitalflucht großen Ausmaßes bedroht gewesen. Das hohe Zinsniveau jedoch bremste allerorten (außer in den USA) die schwächlichen Ansätze von Wirtschaftswachstum (teure Kredite). In den hochverschuldeten Staaten der „Dritten Welt“ schraubten die hohen US-Zinsen die für Schuldentrückzahlung und -zinsen fälligen Beträge in untragbare Höhen.

Auf Kosten anderer

Die USA haben also ihren steilen Aufschwung nicht zuletzt auf Kosten anderer Staaten und deren Wirtschaftsentwicklung zu standegebracht. Und wegen der hohen Kapitalzuflüsse in die USA wurden diese auch noch mit einem steigenden Dollarkurs, einer (vermeintlich) stabilen Währung „belohnt“.

Doch jedes Ding hat (mindestens) zwei Seiten: Der hohe Dollarkurs bedeutet, daß die amerikanischen Waren auf dem Weltmarkt im Verhältnis zu den Produkten ihrer Konkurrenten (BRD, Japan etc.) teurer werden. Die Folge ist ein gewaltiges und stetig wachsendes Defizit im

Außenhandel: 1984 wird der Fehlbetrag in der Handelsbilanz der USA ca. 120 Mrd. Dollar (ca. 350 Mrd. DM) erreichen.

Perspektiven

Unvorstellbar hohe Fehlbeträge im Staatshaushalt und im Außenhandel sowie die dazugehörige Rekordverschuldung — das sind die größten Hypothesen, die auf dem Zt. noch hochgeprägten US-Aufschwung lauten. Das Vertrauen in die Wirtschaftskraft der USA, das sich in einem scheinbar stabilen Dollarkurs widerspiegelt, ist auf Sand gebaut. Nach Ansicht mancher Experten ist der Dollar z.Zt. um 30 % überbewertet, wenn man die entscheidenden wirtschaftlichen Daten der USA zugrundelegt. Wenn der Dollarkurs erst einmal ins Rublen steigt, spekulativer Kapitalströme aus den USA zur Folge haben, die diese jedoch dringend benötigen, um ihre Haushalts- und Handelsdefizite zu finanzieren.

Genauso wird auch über kurz oder lang eine neue Inflationswelle die USA ergreifen, dann die hohen Haushaltsdefizite, die riesige Verschuldung des Staates stellen ein bedrohliches inflationäres Potential dar, das bisher nur durch eine strikte Geldmengenschneidung seitens der US-Notenbank unter Kontrolle gehalten werden konnte.

Unsolide Politik

Kein anderes kapitalistisches Land als die USA mit ihrer immer noch gewaltigen Wirtschaftskraft hätte sich auch nur über kurze Zeit eine so unsolide Politik leisten können. Die Folge wäre ein Vertrauensverlust gewesen, verbunden mit einem raschen Abzug ausländischen Kapitals und einen Zusammenbruch der Währung.

Die USA konnte zumindest für eine kurze Periode scheinbar den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft trotzen. Aber der amerikanischen Traum von einer neuen Blüteperiode des Kapitalismus wird sehr bald ausgeträumt sein. Die Gewitterwolken nahender wirtschaftlicher Einbrüche ziehen sich schon über Washington zusammen. Inflation, Verfall des Dollars — vor allem aber eine neue, voraussichtlich schwere Rezession, die 1985 beginnen dürfte, mit all den bekannten Auswirkungen: steigende Arbeitslosigkeit, drastisch sinkender Lebensstandard der Massen, zunehmende Armut ...

Der Beginn der US-Rezession wird andererseits die nächste weltweite Wirtschaftskrise des Kapitalismus einläuten und damit eine weitere Etappe im unaufhaltsamen Niedergang dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Joachim Heuck, Hamburg
SPD-Mitglied

Nicaragua

Verteidigt die Revolution

Für Enteignung der Kapitalisten und Internationalismus



Als im März '84 in El Salvador der „Christdemokrat“ Duarte als Marionette des Militärs mit CIA-Unterstützung „gewählt“ wurde, nannten sie es „demokratische Wahlen“.

Als Kohl in Pakistan und Genscher in der Türkei waren, beschleunigten sie den dort brutal herrschenden Generälen „Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie“.



Nicaraguanische Milizionäre demonstrieren Kampfbereitschaft gegen die amerikanischen Aggressoren

Als sich in Nicaragua am 4. November über die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung für die Sandinisten aussprach, nannten sie es eine „Farce“, ein „sandinistisches Trauerspiel“, „Wahlen nach sowjetischem Muster“.

Das ist die Heuchelei der Herrschenden und ihrer Sprachrohre — der bürgerlichen Politiker und Medien in den USA wie auch in der Bundesrepublik.

In Nicaragua gab es in den letzten 50 Jahren überhaupt keine Wahlen, die diesen Namen verdient hätten. Bis 1979 herrschte dort der Somoza-Clan in einer grausamen Militärdiktatur. Im Juli 1979 wurde die verhasste Somoza-Diktatur durch den jahrelangen Guerilla-Kampf der Sandinisten (FSLN) und vor allem durch einen Arbeiteraufstand zu Fall gebracht.

Errungenschaften der Revolution

In den letzten fünf Jahren gab es zahlreiche Verbesserungen für die Arbeiter, Landarbeiter und armen Bauern in Nicaragua. Sofort nach dem Sturz Somozas wurde eine Alphabetisierungs-kampagne durchgeführt, ein Programm zum Ausbau des Schul- und Bildungswesens in Angriff genommen. Sofortmaßnahmen zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung getroffen, mit dem Bau von Kranken-

häusern begonnen und die gesamte Infrastruktur verbessert (Stromversorgung, Straßen- und Wohnungsbau). Selbst wenn in den letzten Jahren der Lebensstandard gesunken sein sollte und heute unter dem von 1979 liegt (wie vielfach berichtet wird), so gibt es keinen Zweifel, daß die Masse der 3-Millionen-Bevölkerung von den Errungenschaften der Revolution profitiert und deshalb jeden Angriff darauf mit Zähnen und Klauen verteidigen wird.

US-Einmarsch

Die größte Gefahr für die Revolution geht heute von einem direkten militärischen Eingreifen des US-Imperialismus aus. In den letzten Monaten und Wochen haben sich die Anzeichen für eine solche US-Intervention — wie auf Grenada — vermehrt: — in den US-Medien gibt es seit Mitte '83 kaum noch eine kritische Berichterstattung über Reagans Mittelamerika-Politik; alle kritischen Journalisten wurden zurückgepöfft oder ver-setzt.

— Ende 1983 wurde ein CIA-Handbuch als Anleitung für den

Kampf der regimfeindlichen „Contras“ erstellt.

— Im Februar 1984 wurden nicaraguanischen Häfen durch den CIA vermint.

— Im Mai 1984 nahmen 33.000 US-Soldaten an Manövern in Mittelamerika teil.

— Das zielstrebige Abblocken der US-Regierung gegenüber dem „Friedensplan“, der umliegenden Contadora-Staaten (der sowieso zum Scheitern verurteilt war). — Der Rückenwind für die Reagan-Regierung durch die gewonnenen Präsidentenwahlen und die jüngste Drohung, die Lieferung von russischen Kampfflugzeugen an Nicaragua werde sie zum Eingreifen zwingen.

All dies deutet darauf hin, daß eine Intervention kurz bevorsteht. Der US-Imperialismus will und kann nicht mehr länger warten, weil er — zu Recht — befürchtet, daß selbst die unvollendete Revolution in Nicaragua das Pulverfaß Mittelamerika zum Explodieren bringen wird. Insofern ist ein solcher Einmarsch kein Zeichen amerikanischer Stärke, sondern eher der Schwäche und der Furcht vor jedweder revolutionären Entwicklung. Wenn gleich die US-Truppen das Land militärisch zunächst rasch einnehmen könnten — langfristig können sie nicht gewinnen. Denn ein jahrelanger Bürger- und Guerillakrieg ist ihnen sicher, ein neues Vietnam, diesmal im Hinterhof.

Unternehmer hinter Contras

Der politische Flügel der „Contras“, ist die CDN, die von den meisten Kapitalisten und Großgrundbesitzern Nicaraguas unterstützt wird. Sie boykottierte die Wahlen, um Reagan eine Rechtfertigung für ein späteres Eingreifen zu geben. So bedanken sich diese bürgerlichen Politiker dafür, daß die Sandinisten auf Druck der Sozialistischen Internationalen diese Wahlen vorzogen, um den US- und Weltimperialismus zu besänftigen.

Tatsächlich sind die meisten Führer der Contras bürgerliche Politiker, die einst Mitglieder der verschiedenen „revolutionären“ Regierungen seit 1979 waren. Woher kommt das? Als die Sandinisten an die Macht kamen, dachten sie nicht daran, Kapitalismus und Großgrundbesitz zu beseitigen, sondern sie hielten an ihrer Vorstellung einer „gemischten Wirtschaft“ fest. Lediglich ein Teil der Industrie und des Landes (der Besitz des alten Somoza-Clans) wurde verstaatlicht, der Rest blieb privat. Wegen des Bündnisses der Sandinisten mit einem in Wirklichkeit nicht bestehenden „progressiven“ Teil der Bourgeoisie sind heute noch rund 60% der Wirtschaft in privaten Händen.

Die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie in Nicaragua ist noch nicht gebrochen. Gleichzeitig hat diese Bourgeoisie aber keinen Staatsapparat mehr, der ihr Eigentum schützt (Staat im Sinne von Marx: „besondere“ Formation bewaffneter Menschen

zum Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln). Ohne diesen Schutz und damit ohne Garantie für ihre Macht werden die Unternehmer aber nicht investieren, und ohne Investitionen kann keine kapitalistische Wirtschaft funktionieren.

Zusätzlich bedeutet der Krieg der Contras eine weitere Belastung für die nicaraguanischen Massen. Ein Viertel des Haushalts muß für die Verteidigung ausgegeben werden. Durch den Krieg werden große Teile der Kaffee-Ernte (wichtigster Exportartikel) nicht eingebracht werden können.

Gesamte Wirtschaft muß in Arbeiterhand

Die Sandinistas sollten sofort die großen Firmen, ausländischen Unternehmen, Banken und Handelsgesellschaften in Gemeineigentum überführen, die großen Grundbesitzer enteignen und das Land an die kleinen Bauern und Landarbeiter verteilen.

Die bereits bestehenden Massenorganisationen (die sandinistischen und sonstigen Gewerkschaften, der Landarbeiterverband ATC, die Kleinbauernunion UNAO, die Frauenorganisation AMAE, die sandinistische Jugend MJ 19, die sandinistischen Verteidigungskomitees und die Milizen) könnten miteinander verbunden und erweitert werden, so daß jede Schicht der Arbeiter-

Klasse, die Hausfrauen, die Kleinbauern und die Milizen in die Verwaltung der Gesellschaft einbezogen werden.

Internationale Perspektive nötig

Solch ein demokratischer Arbeiterstaat wäre ein nahezu unbesiegbares Bollwerk gegen die Konterrevolution im Innern und ein enormer Ansporn für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten in Mittel- und Lateinamerika, ja in der ganzen Welt, den Kapitalismus — und im Ostblock die stalinistische Bürokratie — zu stürzen. Gerade ein kleines, unterentwickeltes Land wie Nicaragua ist auf internationale Unterstützung und auf internationale Bewegung angewiesen. Es kann die internationale sozialistische Revolution natürlich nicht bedenken, aber es kann doch damit beginnen. Darin liegt längerfristig die einzige Chance zur Rettung der Revolution vor kapitalistischer Konterrevolution und bürokratischer Entartung und zur Erreichung einer wirklichen Arbeiterdemokratie. Eine solche Bewegung, aufgeföhren in ganz Lateinamerika, hätte zweifelhlos auch enorme Auswirkungen auf die Arbeiter und auf unterdrückte Minderheiten wie Schwarze und Latinos in den USA selbst.

Dieter Janssen, Stuttgart
Jungsozialist

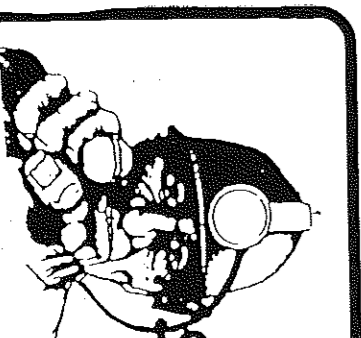
Bergarbeiter-Streik in Grobbritannien

Aktive Solidarität

Das Wort Solidarität ist das allererste im Wortschatz der organisierten Arbeiterklasse. In diesem Winter werden wir daraufhin geprüft, ob wir das Wort nur nachplappern können oder seine Bedeutung in vollem Umfang verstanden haben. Der Streik der britischen Bergarbeiter geht mit Sicherheit ins neue Jahr hinein. Trotz interner Kämpfe im Arbeitgeberlager, nämlich bei der staatlichen Kohlebehörde NCB und zwischen den Flügeln der Tony-Partei, bleibt eins klar: die Arbeiter sind der Hauptfeind.

Der Propaganda-Krieg gegen die Bergarbeiter hält an. Der jüngste Versuch der Presse, Druck zu schleudern: die Bergarbeitergewerkschaft NUM habe Gelder aus Lybien erhalten. Tatsache ist aber, daß die NUM kein Geld erhalten hat. Unsere Pflicht ist es, der kapitalistischen Presse keine Unterstützung zu geben, indem wir ihren Vorwürfen über-leider manche Arbeiterführer wie Neill Kinnock, Labour-Vorsitzender und Willis von britischen Gewerkschaftsdachverband, Natürlich beileihen sich auch die bundesdeutschen Medien, dieses Märchen zu verbreiten.

Gaddafi's Terrorregime (vielleicht ein Vorbild für die britische Polizei?) hält die britischen Kapitalisten nicht davon ab, mit voller Unterstützung der Thatcher-Regierung in diese „sozialistische Diktatur“ zu investieren. Es hindert selbst die Kohlebehörde NCB nicht daran, einen Vertrag mit der lybischen Regierung zur Ausbildung von lybischen Bergbauingenieuren in England abzuschließen. Soviel zum Thema



Videos über den Streik

6 Videofilme auf 2 Kassetten mit je 46 Min., Farbe, VHS-System, deutsch synchronisiert
Themen: wirtschattliche Hintergründe, Argumentation der Arbeitgeber, Polizeisäitze, Verhalten der Medien, Solidarität, Rolle der Frauen.
Zu beziehen über:
Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/13 45 04

Mit 20 Jahren zum Sozialfall



Früher sagte man: „Armut ist keine Schande“. Man könnte diesen Spruch aktualisieren und sagen: „Arbeitslosigkeit ist keine Schande“. Stimmt das? Sicher, es gibt genug Arbeitslose und es werden noch immer mehr, die unverschuldet zum Arbeitsamt oder Sozialamt gehen müssen, um ihre Unterstützung oder Sozialhilfe abzuholen. Und doch geistern noch immer solche dummen Sprüche in unserer Gesellschaft rum wie „Wer arbeiten will, bekommt auch Arbeit“. Wer das sagt, sollte einmal probieren, als Sonderschulabgänger, eine Lehrstelle oder als 49-jährige kaufmännische Angestellte eine Arbeit zu finden. Diese beiden Fälle sind u.a. in einer Dokumentation über die „Neue Armut in Köln“ zu finden, die von einer Kölner Arbeitslosengruppe, dem DGB, den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden herausgegeben wurde.

Ein Schulabgänger, der keine Lehrstelle oder Arbeit findet, bekommt von keiner öffentlichen Stelle eine Unterstützung, so daß er von seinen Eltern abhängig ist. Er kann zwar versuchen, an Auf-

baukursen teilzunehmen, was aber erweisenmaßen wenig Erfolg bringt. Die Dokumentation



Ein Lehrling berichtet

„Du mußt Dich dahinterklemmen“

Dirk, 18 Jahre, einst Azubi bei der Lübcker Firma Nea-Lindberg (vor kurzem Betriebschließung), sprach mit unserem Korrespondenten Greg Powell

Vor etwa drei Jahren habe ich mir langsam Gedanken gemacht, was ich wohl werde. Damals waren die Chancen größer - von vier Bewerbungen kriegte ich die Einladung zu einem Vorstellungsgespräch bei Nea Lindberg. „Es gibt viele Bewerber“ haben sie mir erzählt.

Jedenfalls einen Monat später, im Dezember - ich dachte so als Weihnachtsgeschenk - war es soweit. Ich fing also an und kriegte 460,-DM monatlich brutto. Das ist ein Stundenlohn von ca. 1.50 DM. Man mußte aber alles sich selber besorgen, Schulmaterial, Bücher usw., da kam man schon auf über 100 DM. Es gab auch kleine Schwierigkeiten dabei - die Firma wollte nicht dafür zahlen, aber wenn du dich nicht dahinterklemmst, kriegst du auch nichts. Wir hatten aber einen guten Betriebsrat, der hat dafür gesorgt, daß das Geld erstattet wurde.

Wenn du ankommst, weißt du aber auch gar nichts von deinen Rechten. Dank dem Betriebsrat - nach gewisser Überzeugungsarbeit - bin ich dann auch in die IG Metall eingetreten. Tschja - und dann kamen die ersten Zeichen von der Schließung der Firma. Mit jedem Tag

beschreibt die Lage einer Sonderschülerin, die jetzt versucht, den Hauptschulabschluss nachzumachen um Gärtherin zu werden, und die schon viele bittere Erfahrungen hinter sich hat. Sie fand als Sonderschülerin keine gelernte Arbeitskraft wie Zimmermädchen oder Lagerarbeiterin. Aber immer konnte sie nur kurze Zeit arbeiten, und jetzt ist sie ganz arbeitslos. Dadurch, daß die Arbeitsverhältnisse nie länger als zwei Monate dauerten, bekommt sie weder Arbeitslosen-



Arbeitslosengeld Zu viel zum Sterben - zu wenig zum Leben

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Das gilt besonders für die Arbeitslosen. Ein immer größerer Anteil der offiziell registrierten Arbeitslosen ist inzwischen von der finanziellen Unterstützung ausgegrenzt: mittlerweile jeder Dritte!

Die „glücklichen“ Bezieher von Arbeitslosengeld sind von Jahr zu Jahr schlechter dran. So erhielten sie pro Monat durchschnittlich:

- 1981: 948,-DM
- 1982: 975,-DM
- 1983: 959,-DM
- 1984: 941,-DM

unterstützung noch Arbeitslosenhilfe. Sie wird mit 20 Jahren zur Sozialhilfeempfängerin. Sie ist jung, gesund und will arbeiten - es nützt alles nichts. Sie wird zum Sozialfall.

Eine 49-jährige kaufmännische Angestellte wurde wegenationalisiert. Sie ist seit 5 Jahren arbeitslos, trotz Weiterbildung in einer Vatermutterfirma. Ihr 76-jähriger Vater muß ihr sogar von seiner Rente 149 DM bezahlen, die ihr von der Arbeitslosenhilfe abgezogen werden. Sie hat ihren Vater natürlich noch nie nach dem Geld gefragt, und so lebt sie, die früher gut verdient hat, unterm Existenzminimum, kann sich nichts zum Anziehen kaufen, von Reisen oder anderem Luxus ganz zu schweigen. Sie schämt sich, genau wie die Sonderschülerin, ihrer unverschuldeten Armut, die gleichzeitig auch eine Isolation nach sich zieht. Für Kino- oder Kneipenbesuch ist kein Geld da. Man bleibt zuhause und vereinsamt.

Seit 1982 gibt es nun auch noch das Gespenst der Pflichtarbeitslosenhilfe. Sozialhilfeempfänger können zur Pflichtarbeit herangezogen werden für sage und schreibe 1.50 DM die Stunde. Der Pflichtarbeiter ist nicht sozialversichert. Also seiner Rente kommt diese Arbeit nicht zugute. Nimmt er diese Pflichtarbeit nicht an, kann ihm die Sozialhilfe sogar gestrichen werden. Diese Arbeitsstellen kommen von städtischer oder kommunaler Seite. Es ist Arbeit, die ebenso in eine ordentliche Stelle umgewandelt werden könnte. Nur dann könnten Städte und Kommunen die Arbeiter nicht nach Wochen wieder entlassen, und sie müßten Kranken- und Sozialversicherung bezahlen. Davon drücken sie sich mit Erfolg. Die Pflichtarbeit ist menschenverachtend und erinnert unangenehm an vergangene Zeiten. Es ist ebenso, daß jemand, der bis zur Arbeitslosen- oder Sozialhilfe gekommen ist, kaum eine Chance hat, aus diesem Dilemma wieder rauszukommen.

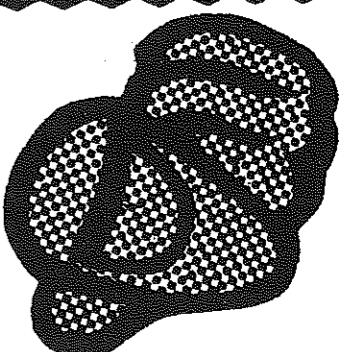
Dorothea Kirschbaum, Köln SPD-Mitglied

Bei der Arbeitslosenhilfe sah es folgenderrmaßen aus:

- 1981: 692,-DM
- 1982: 719,-DM
- 1983: 727,-DM
- 1984: 694,-DM

Und das bei stets steigenden Preisen! Bei zunehmender Dauerarbeitslosigkeit werden Millionen wieder Bekanntheit mit der Armut machen - wenn sich Arbeitslose und Arbeitende nicht gemeinsam dagegen wehren.

Peter Binczak, Remscheid



Aktionsbeispiel Kampagne gegen Arbeitslosigkeit

„Arbeit für alle“ ist das Motto unserer unabhängigen Aktionsgruppe aus Jungsozialisten, Arbeitern und Arbeitslosen in Köln, die sich mit ihrem in Nordrhein-Westfalen verbreiteten „Recht auf Arbeit“ nicht zufrieden geben wollen und eine Kampagne starteten. Praktisch sah unsere Kampagne so aus:

Wir erstellten und verteilten Flugblätter, die Arbeitslosigkeit in ihrem politischen Gesamtsammenhang erklären und zu unseren wöchentlichen Veranstaltungen einladen sollten.

Da Arbeitslosigkeit kein rein deutsches Problem ist, zeigten wir ein Video von den englischen Bergarbeitern, die schon seit über 9 Monaten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen.

Für größere Aktionen, hauptsächlich vor dem Arbeitsamt und auf großen Geschäftsstraßen, stellten wir Plakate und „Sandwiches“ (am Körper tragbare Plakate) her und setzten auch ein Megaphon ein. Außerdem bastelten wir einen Roboter aus Kartons, dessen Aufschrift „35-Stunden-Woche für Menschen und die 168-Stunden-Woche für Roboter“ weitere Aufmerksamkeit auf uns ziehen sollte. Zu guter Letzt ist unsere Arbeitslosenfete nicht minder wichtig, die nach so harter Arbeit deutlich machen sollte, daß wir auch noch Menschen sind.

Das Echo auf unsere Kampagne zeigte sich vor allem darin, daß zu unseren wöchentlichen Treffen auch viele Jugendliche kamen, die sich z.T. zum ersten Mal politisch betätigten und einsahen, daß sie nur gegen Arbeitslosigkeit kämpfen können, wenn sie gegen Kapitalismus kämpfen. Und gerade diese Kampfkraft, die in vielen von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitern und ihren schon arbeitslosen Kollegen steckt, wird dem kapitalistischen Wirtschaftssystem im Enderfekt das Genick brechen.

Mary Schingen, Köln



Vorhandene Arbeit aufteilen!

„Als ich vor vier Jahren arbeitslos wurde, da sagte ich mir noch: wer will, der kriegt auch Arbeit“, berichtet uns die 32-jährige Ilona B. aus Duisburg. Damals hatte sie nach 11 Jahren bei der Bundesbahn gekündigt, „weil mich diese Arbeit wegen meines Hüftleidens kaputt gemacht hätte“.

Die ersten zwei Monate waren noch schön, und ich dachte, es klappt noch. Doch dann bekam ich auf meine Bewerbungen hin immer mehr Absagen. Inzwischen habe ich 40 bis 50 Bewerbungen geschrieben - alle umsonst. Vom Arbeitsamt habe ich in den vier Jahren ein Angebot bekommen“.

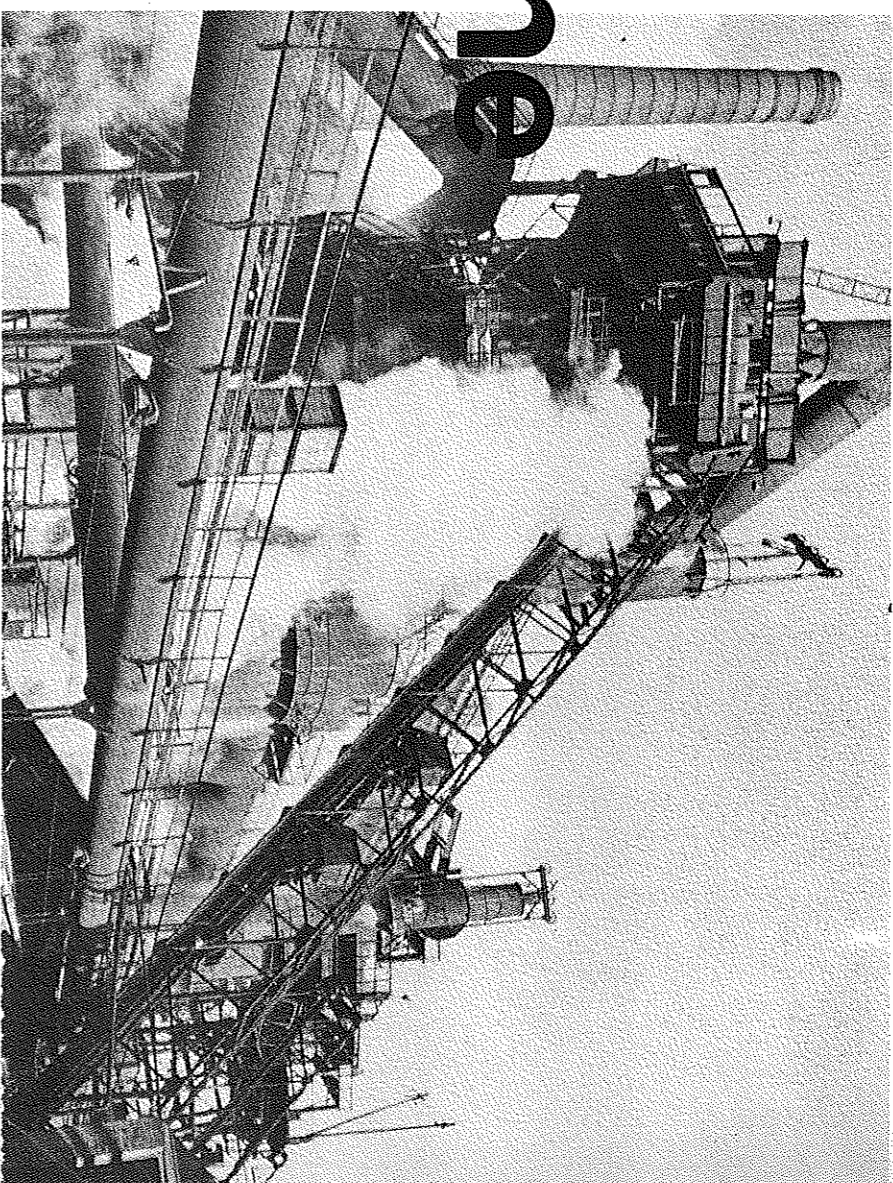
Früher war ich viel unternehmungslustiger, jetzt bin ich launisch und unzufrieden. Wenn Du unter Menschen bist, traust du dich gar nicht mehr, den Mund aufzumachen. Ich habe Angst und weiß nicht, wie das weitergehen soll. Wenn einer sagen würde, du legst dich heute abend schlafen und wirst morgen früh nicht mehr wach, dann fände ich das fast schön.“

Ilona ist nur eine von 32.769 offiziell registrierten Arbeitslosen in der Stahlstadt Duisburg, die mit 15,9% neben Dortmund die höchste Arbeitslosenrate einer Bundesdeutschen Großstadt aufweist (zum Vergleich: NRW: 10,4%). So wie Ilona haben auch die meisten anderen Arbeitslosen nur eine geringe Chance auf erfolgreiche und feste Stellenvermittlung. Denn laut Arbeitsamt-Statistik kommen auf jede gemeldete offene Stelle in Duisburg im Schnitt 47 Arbeitslose! Dabei sind nur 64% der Duisburger Arbeitslosen Empfänger von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe.

Stahlkrise

Nach wie vor werden 40% des bundesdeutschen Rohstahls in Duisburg hergestellt. Allerdings ist hier die Produktion (entsprechend dem allgemeinen Rückgang) von 21,1 Mio. Tonnen im Jahre 1974 auf 13,7 Mio. Tonnen im Jahre 1983 gesunken. In den letzten 10 Jahren sind von damals 26 Hochöfen 14 stillgelegt worden. Gleichzeitig ist jeder vierte Stahl-Arbeitsplatz verschwunden.

Doch damit sind die verbliebenen 50.000 Stahlarbeitsplätze noch keinesfalls sicher. Rationierung und Arbeitsplatzabbau werden 1985 weitergehen. So sollen von den 1200 Arbeitsplätzen bei Thyssen-Niederrhein im Stadteil Hochfeld 800 fortfallen. Dabei ist Hochfeld schon jetzt ein krasses Beispiel für Verödung und Niedergang durch Arbeitsplatzabbau. Zum 30.6.85



In den letzten 10 Jahren verschwand in Duisburg jeder vierte Stahlarbeitsplatz

soll das Hochfeld der VDM-Werk geschlossen werden, was noch einmal 650 Arbeitsplätze kosten würde.

Die VDM-Belegschaft will dies verhindern; sie hat schon durch Kampfrmaßnahmen den Abtransport von Rohren verhindert und in einer Kundgebung ihre Entschlossenheit demonstriert. Gleichzeitig hat der Betriebsrat ein Konzept vorgelegt, um die Defizite des Werkes zu verringern und den Betrieb wirtschaftlich zu führen. Doch das Management des VDM-Konzerns hat dies ignoriert. Es darf wohl nicht sein, daß es die Arbeiter besser können als die Chetsi!

„Optimistisches“ Arbeitsamt

Das Arbeitsamt scheint in dieser Situation recht hilflos zu sein. Es ist in letzter Zeit schon öfter aufgefallen, daß der Computer („Flipper-Automat“) Stellenangebote aufführt, die schon besetzt sind. Arbeitsuchende haben auch schon Stellen zugeschnurtert bekommen, die schon zuvor in den Stellenanzeigen der Lokalblätter gestanden hatten. „Wir müssen den Leuten sa-

gen, daß wir nichts haben, andersersetz aber noch ein bißchen Optimismus bringen, um einfach weiterzumachen“, sagt uns der Statistiker im Duisburger Arbeitsamt. Am selben Tag zitiert ein Lokalblatt den Chef des Landesarbeitsamts: „Auch wir in dem Arbeitsamt stehen vor dem Problem, die Wahrheit sagen zu müssen und gleichzeitig nicht die Hoffnung zu rauben.“

Arbeitslosigkeit heißt aber vor allem auch, den Lebensstandard gewaltig einschränken zu müssen. Hausfrauen rennen von Metzger zu Metzger, um die billigsten Sonderangebote ja nicht zu verpassen. Jüngere Arbeitslose müssen oft wieder zu den Eltern zurück, weil eine eigene Wohnung zu teuer wird. Jeder muß verzichten: entweder das Auto verkaufen, oder nicht mehr Essen gehen oder mal ein paar Bier weniger trinken. Second-hand-shops gibt es heute viel mehr als noch vor 3 Jahren.

Auch Ilona B. kann sich mit den 740 DM monatlich inzwischen keine eigene Wohnung mehr leisten und ist wieder bei ihrer Mutter eingezogen. „Wenn alle Stricke reißen, dann muß ich auch noch meinen Wagen für'n Appel und n Ei verkaufen...“

Arbeit unter Tarif?

Viele Firmen nutzen die Lage der Arbeitslosen aus. In Anzeigen werden Spitzenverdienste durch „leichte“ Verkäuf- und Vertretbarkeit, Heimarbeit, Flexibilität oder Basteltätigkeit versprochen. Oftmals muß der Bewerber dabei erst einmal Grundgebühren zahlen, schwarz zur Probe arbeiten, Benzingeld und Zeit investieren - ohne eine feste Garantie oder auch nur einen Pfenning in der Hand zu haben. Aber viele Arbeitslose lassen sich rumkriegen, weil sie nach jedem Strohhalm greifen. Immer mehr hört man auch, daß Arbeitslose bei Bewerbungen das Angebot bekommen haben sollen, unter Tarif zu arbei-

ten; oft auch schwarz („Du kannst hier nebenbei ohne Steuerkarte arbeiten“).

Der Chefstatistiker bei der Stadt Duisburg rechnet bis 1990 mit einer Arbeitslosenzahl von 42.000 gegenüber 192.000 Beschäftigten. Dies wäre eine Arbeitslosenrate von 18%. Doch diese Schätzung dürfte zu optimistisch sein. Denn bei 2-2,5% Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt bis 1990 sind bundesweit sieben bis acht Millionen Arbeitslose zu erwarten. Das bedeutet: Armut und Verelendung, Verödung ganzer Regionen, besonders des Ruhrgebiets!

Trübe Aussichten

Bundesweit sind es Millionen, in Duisburg Zehntausende, für die die 80er Jahre so nur Dauerarbeitslosigkeit bringen können! Die noch Arbeitenden spüren, wie die Unternehmer versuchen Löhne zu drücken, Tarifverträge zu unterlaufen und Sozialleistungen abzubauen. Immer mehr Arbeitslose müssen von der Sozialhilfe mehr schlecht als recht leben, es droht eine Rückkehr in die Not und Elend der 20er- und 30er Jahre.

Massenarbeitslosigkeit ist eine Herausforderung für die Gewerkschaften. Wenn wir eine Aufspaltung der Arbeitnehmer in Arbeitende und Dauerarbeitslose verhindern wollen, müssen alle Gewerkschaften endlich energisch für die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kämpfen. Die vorhandene Arbeit muß auf alle aufgeteilt werden. Und für ein menschenwürdiges Dasein braucht jeder ein garantiertes Mindesteinkommen von DM 1.500,- netto.

Wenn sich die kapitalistische Marktwirtschaft einen Sozialstaat und Arbeit für alle nicht mehr leisten kann, dann können wir uns eben den Kapitalismus nicht mehr leisten.

Frank Dreyer
und
Hans-Gerd Öttinger

SPD-Krisenverwaltung in Bremen

Keine Kürzungen!

Worin besteht der Unterschied zwischen Kürzungen von einer SPD- und einer CDU-geführten Regierung? Wir im Land Bremen kennen ihn nicht. Denn hier wird an den gleichen Stellen gespart wie im Land Niedersachsen. Der Umfang der Sparbeschlüsse ist gewaltig: 320 Millionen DM, und das im kleinsten Bundesland. Von CDU-Seite wurde der SPD im Land Bremen bestätigt, sie bewege sich in Richtung CDU-Politik.

Denn gespart wird kaum bei Subventionen für die Wirtschaft, sondern eher bei Bildung, Wissenschaft und Kunst. Das heißt: Schulen werden geschlossen und Ausgaben für Lehrmittel gekürzt; das soll 120 Mio. DM bringen. Beim Straßen- und Wohnungsbau werden 89,9 Mio. DM eingespart. Straßen, die es längst nötig hätten, werden nicht erneuert; man wird also noch öfter Schlaglöcher mit Tieren bis zu einem halben Meter finden. Außerdem werden Freizeitheime geschlossen, im Sozialbereich soll weitere 25 Mio. DM und im Gesundheitswesen 12 Mio. DM

eingespart werden. Der Wirtschaftsetat wird allerdings nur um 3 Mio. DM gekürzt, denn die staatlichen Subventionen für die Privatbetriebe müssen ja die Profite hochhalten. Besonders skandalös ist die geplante Streichung von 3.000 Stellen im öffentlichen Dienst des Landes Bremen. Diese Leute werden wohl kaum woanders einen Arbeitsplatz finden (Bremen hat mit über 13% die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer) und daher sicher in der Arbeitslosenstatistik wieder auftauchen. Sie werden dann Arbeitslosengeld von der öffentlichen Hand beziehen. Also ist das ganze nur eine Umverteilung der Probleme - auf dem Rücken der Arbeitnehmer, die dann weniger Einkommen beziehen.

Die SPD darf sich nicht zum ausführenden Organ für die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft machen. Sie muß sich weigern, die Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Wir müssen daher als Marxisten in der SPD dafür einreten, daß die SPD sich jeglichen Kürzungen widersetzt und die Ursachen für die kapitalistische Krise deutlich beim Namen nennt. Ein vorwärtsgehendes Reformprogramm kann nur durch Verstaatlichung der Wirtschaft durchgeführt werden, wobei Kontrolle und Verwaltung in den Händen der Arbeiter liegen müssen. Dies ist nötig, um wirklich die Wirtschaft vernünftig, im Interesse der Mehrheit von unten nach oben planen zu können.

Die SPD darf sich nicht zum Krisenverwalter des Systems machen, sondern muß mit einer breiten Kampagne die arbeitende Bevölkerung für eine sozialistische Umwälzung der Verhältnisse mobilisieren.

Jens Fertsch, Bremerhaven

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und

habe 9,60 DM auf das Postcheckkonto 'VORAN' zur sozialenistischen Demokratie', Nr. 2500 59-430, Postfach Essen (überweisen (Abopreis für sechs Ausgaben), Lieferung erfolgt ab Nr. 73 nach Zahlungseingang
Einsenden an: VORAN, Reinwardtstr. 2, 56330 Remscheid 11

Name:

Anschrift: